



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.521.816

Wien, am 13. September 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mario Lindner, Genossinnen und Genossen haben am 18. Juli 2022 unter der Nr. **11914/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Schutz unserer Ehrenamtlichen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Welche konkreten Schlüsse ziehen Sie aus der gegenständliche Erhebung der Zivilschutzagenda?*

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes.

Zu den Fragen 2, 4 und 5:

- *Welche validen Zahlen und Fakten, beispielsweise aus der Polizeilichen Kriminalstatistik, liegen Ihnen hinsichtlich des erhöhten Gefahrenpotenzials für Ehrenamtliche vor?*
- *Vor wie vielen und welchen Ehrenamtlichen Stützpunkten (z.B. Rüsthäusern von Freiwilligen Feuerwehren) wurde seit Beginn des Jahres 2020 verstärkter polizeilicher Streifendienst eingesetzt? Bitte um Auflistung nach Monat und Bundesland.*

- *Wie viele Anzeigen wurden seit Beginn des Jahres 2020 wegen Bedrohungen, Körperverletzung oder ähnlichen relevanten Delikten gegen Mitarbeiter*innen ehrenamtlicher Organisationen eingebracht? Bitte um Aufschlüsselung nach Aufklärungsquote, Tatverdächtige, Gewaltdelikte und Opfer.*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Zu den Fragen 3 und 7:

- *Welche konkreten Schritte hat Ihr Ministerium bisher gesetzt, um Ehrenamtliche, insbesondere jene in den Blaulichtorganisationen vor Gewalt und Angriffen zu schützen. Bitte um ausführliche Antwort.*
- *Fanden seitens Ihres Ressorts Informationsveranstaltungen o.ä. für die Verantwortlichen von Ehrenamtsorganisationen bez. Austausch, Schutz und Unterstützung in Folge der Corona-Pandemie statt?*

Die polizeilichen Eigensicherungs- und Gefahrenabwehrmaßnahmen umfassen im Einsatz selbstverständlich auch die Sicherheit von Hilfs- und Rettungsorganisationen und deren Mitglieder. Die Sicherheitsbehörden pflegen generell einen engen und guten Kontakt zu den ehrenamtlichen Blaulichtorganisationen. Es wurden Maßnahmen, wie Begehungen von Gebäuden unter Berücksichtigung von mechanischen, technischen und personellen Sicherheitsaspekten in Gesundheitseinrichtungen, Spitälern und Ordinationen, sowie kriminalpolizeiliche Beratungen und Mitarbeiterschulungen bis hin zu taktischen Abstimmungen vor oder während Einsätzen, getroffen.

Mit der Installierung von Covid-Test- und Impfzentren wurde die verstärkte Bestreifung und Überwachung im Streifendienst, auch von ehrenamtlichen Stützpunkten, oder spezielle Informationsveranstaltungen für die Verantwortlichen der Ehrenamtsorganisationen durchgeführt.

Weiters wurden mehrere Informationsveranstaltungen zum Thema „Verhaltensorientierte Maßnahmen zum Schutz der körperlichen Sicherheit und Gesundheit“ für Mitarbeiter von Gesundheitseinrichtungen, Spitälern und Ordinationen durchgeführt. Dabei wurde auch ehrenamtlichen Mitarbeitern die Möglichkeit geboten, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen.

Zur Frage 6:

- *Nach welcher Methodik werden potentielle Angriffe auf Ehrenamtliche, insbesondere in den Blaulichtorganisationen, von Ihrem Ministerium eigenständig erfasst und*

ausgewertet, um damit die notwendige Datengrundlage für spezifisches Vorgehen in diesem Bereich zu schaffen?

- a. Wenn keine derartige Erfassung vorliegt, warum sehen Sie gerade angesichts der beschriebenen Bedrohungslagen keine Notwendigkeit? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*

Im Sinne der Anfrage ist keine statistische bzw. analytische sowie zulässige und geeignete Methodik zur systematischen Erfassung im Sinne der Anfrage in Verwendung. Angriffe auf „Ehrenamtliche“, insbesondere in den Blaulichtorganisationen, werden nicht eigenständig erfasst. Entsprechenden Bedrohungslagen konnten bis dato durch vorgenannte Maßnahmen zweckmäßig begegnet werden.

Zur Frage 8:

- *Welche konkreten Maßnahmen plant Ihr Ministerium, um gerade angesichts der zu erwartenden Verschärfung der Corona-Situation im Herbst und Winter Ehrenamtliche bestmöglich zu schützen?*

Die Landespolizeidirektionen stehen in regelmäßigem Kontakt mit Blaulichtorganisationen und Organisationen, in denen Ehrenamtliche tätig sind. Bedarfsbezogen werden Informationsveranstaltungen und kriminalpolizeiliche Beratungen für die Verantwortlichen von Ehrenamtsorganisationen betreffend Gefahrenpotential für Ehrenamtliche, deren Auswirkungen bzw. deren Schutz angeboten. Im Zuge der bereits gesetzten Präventionsmaßnahmen werden vorhandene Sicherheitsmaßnahmen gegebenenfalls evaluiert und erforderlichenfalls Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

Gerhard Karner

